

# Ökos werfen Bioforscher Verrat vor

**AGRAR** Der wichtigste Wissenschaftler der Szene steht wegen Äußerungen zur neuen Gentech-Methode Crispr/Cas in der Kritik

VON JOST MAURIN

BERLIN taz | Der Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau, Urs Niggli, stößt mit seinem Plädoyer für die neue Gentechnikmethode Crispr/Cas auf teils heftigen Widerstand in der Ökoszene. „Weil hier technisch direkt ins Erbgut eingegriffen wird, muss man sich mit Crispr/Cas geschaffene Pflanzen genauso intensiv anschauen wie Pflanzen der alten Gentechnik“, sagt Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bunds Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), der taz. „Deswegen ist es auch keine Technologie, die sich für den ökologischen Landbau eignen würde.“

Niggli hatte in der taz (6. 4.) gesagt: „Crispr/Cas hat großes Potenzial“, weil man damit Pflanzen einfacher und genauer manipulieren könne als mit früheren Gentechnik-Verfahren. Risiken und Nutzen „sollte man für jede Anwendung einzeln bewerten, statt diese Technik generell abzulehnen.“ Mit der Methode

könne man zum Beispiel Gene für Krankheitsanfälligkeit ausschalten. Das sei auch für den Biolandbau interessant. Niggli sprach sich zudem dafür aus, Crispr/Cas-Pflanzen, in die keine artfremden Gene eingeführt wurden, leichter zuzulassen als jene aus älteren Gentechnikmethoden.

„Das ist eine Freisetzung, die nicht rückholbar ist“, wi-

„Er tritt sehr als Solitär auf“

HEIKE MOLDENHAUER, BUND, ÜBER URS NIGGLI

derspricht BÖLW-Chef zu Löwenstein. Crispr/Cas sei weder so präzise wie suggeriert wird, noch sei bekannt, wie es genau funktioniert. „Ungewollte Veränderungen im Genom sind damit nicht ausgeschlossen.“ Auf die Frage, ob Risiken belegt seien, antwortete er, die Hersteller müssten beweisen, dass ihre Produkte sicher seien. Denn

Crispr/Cas sei eine „Technik, bei der es kaum Erfahrungen, aber Hinweise auf Risiken gibt“. Löwenstein wies Niggli Argument zurück, Crispr/Cas-Pflanzen könnten nicht durch Patente geschützt werden, wenn das Genom nur wenig verändert würde. „Selbst einige konventionelle Pflanzen werden schon patentiert“, so der Bio-lobbyist.

Der Geschäftsführer des in der Anti-Gentech-Szene einflussreichen Vereins Testbiotech, Christoph Then, ergänzte, die Universität Kalifornien besitze bereits ein Patent auf Crispr/Cas. Außerdem gebe es einen Lizenzvertrag mit dem Saatgutkonzern DuPont. Zwar würden noch viele Labors frei mit der Methode arbeiten, „aber das wird sich ändern, wenn es ans Verkaufen des Saatguts geht“.

Die Gentechnik-Referentin des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND), Heike Moldenhauer, antwortet auf die Frage, ob Niggli der Anti-Gentech-Bewegung in den Rücken



Sind Crispr/Cas-Kartoffeln auf jeden Fall gefährlich? Foto: Wolfgang Schmidt/Das Fotoarchiv

gefallen sei: „Was die Regulierungsfragen angeht: definitiv. Problematisch finde ich auch, dass er sich nicht abgestimmt hat mit den Leuten, für die er arbeitet. Er tritt sehr auf als Solitär und nicht als Teil der Bewegung, zu der er eigentlich gehört.“ Zum Einwand, Niggli sei ja Wissenschaftler und nicht Lobbyist, sagt die Aktivistin: „Ich glaube wirklich nicht an die reine Wissenschaft. Jeder ist auf seine Art und Weise dann Interessenvertreter.“

Der Verein Saat:gut, der die

Ökopflanzenzüchtung fördert, verlangte in einem offenen Brief an den Stiftungsrat von Niggli Institut sogar, dessen Mitarbeiter „darauf zu verpflichten, in ihren öffentlichen Äußerungen zu den Zielen und Inhalten des Ökolandbaus zu stehen“.

Testbiotech-Chef Then kritisiert, Niggli's Äußerungen entsprächen „eher der Propaganda der Betreiber“ der Gentechnik. Er merkte an, Niggli sitze im Kuratorium des Max-Planck-Instituts für Pflanzenzüchtungs-

forschung: „Diese Netzwerke müsste man noch mal genauer untersuchen.“ Er sei „nicht der Meinung von Niggli, aber ich spreche ihm nicht das Recht ab, seine Meinung dazu zu äußern“, betont BÖLW-Chef zu Löwenstein. Niggli habe „so viel zu sagen zu all den Themen des ökologischen Landbaus, dass er eine wichtige Stimme ist“. Auch über Crispr/Cas dürfe diskutiert werden. Niggli sei „kein Vertreter der Biobauern“. Und: „Dogmen gehören nur in die Glaubenswelt – und Exkommunikation auch.“

## „Idee des Hubschraubergeldes ist sinnvoll“

**KRISE** Soll die EZB Geld verschenken, um die Wirtschaft anzukurbeln? Ja, sagt DIW-Chef Fratzscher

taz: Herr Fratzscher, 5.000 Euro als Geschenk für jeden Haushalt von der Europäischen Zentralbank (EZB) – wie aus dem Hubschrauber abgeworfen. Darüber diskutieren Ökonomen. Ist das nicht unrealistisch?

Marcel Fratzscher: Augenblicklich scheint das tatsächlich weit hergeholt. Aber es ist auch nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall brauchen wir die Debatte darüber. In Deutschland werden neue Gedanken manchmal zu schnell vom Tisch gewischt und als Quatsch bezeichnet. Die Idee des sogenannten *helicopter money* ist durchaus sinnvoll. Wir müssen offen bleiben und überlegen, wie wir aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauskommen.

Auch Ihr Kollege Reint Gropp, Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, plädiert für Hubschraubergeld.

Was sind Ihre Argumente?

Der Vorschlag ist logisch. Denn in Europa sinken in vielen Branchen und bei zahlreichen Produkten die Preise. Diese Deflation ist schlecht für die Unternehmen, sie nehmen zu wenig Kredite auf und halten sich mit Investitionen zurück. Gleichzeitig leiten die Banken das Geld, das ihnen die EZB zur Verfügung stellt, in zu geringem Maße an die Firmen und die Bürger weiter. Seit der Finanzkrise funktioniert das Banksystem nicht mehr so, wie es soll. Daher kommt die Idee, die Banken zu umgehen und Zentralbankgeld direkt den Bürgern zur Verfügung zu stellen. Die damit finanzierte Nachfrage könnte einen Impuls für höhere Preise und mehr Wachstum darstellen. Sie sagen, das Bankensystem funktioniere nicht mehr. Was heißt das?

Große Probleme gibt es in Südeuropa, beispielsweise in Italien. Dort sitzen die Banken auf faulen Krediten von mindestens 200 Milliarden Euro. Weil sie weiteres Risiko scheuen, geben die Institute besonders kleinen und mittleren Unternehmen

**Kritik an der EZB**

Erneut ist in Deutschland wieder Kritik an der EZB zu hören. Ein Grund: EZB-Präsident Mario Draghi bezeichnete die Idee des sogenannten Hubschrauber-Geldes als „interessantes Konzept“. Was die EZB gegen die drohende Deflation macht (Null-Zinsen, Anleihekäufe), betrachten manche Politiker und Lobbyisten als Angriff auf Sparkonten und Renten. Ein Sprecher von Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte am Montag, diese Debatte sei „legitim“. (hk)

kaum Kredite. Diese beschäftigen aber 70 Prozent der Arbeitnehmer. Die Banken kommen also ihrer ureigensten Aufgabe, wirtschaftliche Aktivitäten zu finanzieren, kaum nach. Und das nährt die Sorge, dass wir über viele Jahre aus der Krise nicht herauskommen und in eine Deflationsspirale hineingeraten könnten.

Das Wirtschaftswachstum in der EU soll dieses Jahr 1,5 Prozent betragen. Ist die Krise wirklich so tief, dass unorthodoxe Maßnahmen wie Verschenken von Zentralbankgeld gerechtfertigt sind?

Drei bis vier Prozent wären notwendig und auch normal nach einer Finanzkrise, wie wir sie hatten. Und man darf die erträgliche Lage in Deutschland nicht mit der EU insgesamt verwechseln. Die italienische Volkswirtschaft ist heute neun Prozent

kleiner als 2008. Die Arbeitslosenquote liegt bei zwölf Prozent. Hat irgendeine Notenbank die Idee des Hubschraubergeldes schon mal ausprobiert?

Wir reden hier über ein neues Instrument. Aber es wäre nicht das erste Mal während der vergangenen zehn Jahre, dass in der Geld- und Fiskalpolitik Dinge passieren, die man vorher für undenkbar hielt. Um die US-Banken zu stabilisieren, zwang ihnen die dortige Notenbank Staatskapital auf. Ein anderes Beispiel: die negativen Einlagezinsen der EZB.

Wie würde es in der Praxis ablaufen, wenn die EZB die Bürger mit zusätzlichen Euros versorgte?

Die Notenbank müsste mit den staatlichen Behörden kooperieren. Beispielsweise die Finanzämter könnten die Mittel an die Steuerzahler weiterleiten.

Überschritte die EZB mit den Geschenken nicht ihre Kompetenzen?

Nein, laut ihrem Mandat muss sie Preisstabilität gewährleis-

ten. Dieses Ziel verfehlt sie jedoch zurzeit bei weitem. Sie muss deshalb alle legalen Instrumente nutzen.

Hier und da ist schon die Forderung nach regelmäßigen Geldgeschenken der EZB zu hören – einer Art Grundeinkommen. Das ist ein Kurzschluss. Hubschraubergeld wäre ein einmaliger geldpolitischer Impuls, keine längerfristige soziale Sicherung.

INTERVIEW HANNES KOCH

**Marcel Fratzscher**

45, ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Zuvor arbeitete er bei der Europäischen Zentralbank. Für die Bundesregierung

leitete er eine Kommission, die über mehr Investitionen in Deutschland nachdachte.

Foto: reuters

Aboprämie



Reisen mit Panther – für mehrtägige Ausflüge, Sport oder Sauna bestens geeignet: die taz Sport- und Reisetasche mit separater Netzzinntasche, Nebenfächern und Schultertrageriemen. Knallrot und Schwarz mit aufgesticktem taz-Panther.

## taz abonnieren

Die taz ist einzigartig in der deutschen Presselandschaft, konzernunabhängig und getragen von der taz Genossenschaft. Der taz Solidaripakt ermöglicht es vielen, die taz zu abonnieren.

Wer wenig hat, zahlt unseren ermäßigten Preis von 27,90 €/Monat, wer es sich leisten kann, zahlt mehr und bekommt eine Prämie: Standardpreis 45,90 €/Monat oder Politischer Preis 56,90 €/Monat.

T (030) 25 90 25 90 | abomail@taz.de  
Weitere Prämien auf [www.taz.de/abo](http://www.taz.de/abo)

Eine Prämie erhalten Sie bei Bestellung eines unbefristeten Abos zum Standard- oder Politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr., zzgl. Porto bei Versand ins Ausland.

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

